

DIE DEMOKRATISIERUNG DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG FÜR VERKEHRSKONZEPTE
(Kurzfassung)



Leitung:

Peter CERWENKA

Geboren 1942, Studium und Abschluß des Bauingenieurwesens und Wirtschaftsingenieurwesens, Promotion "sub auspiciis" an der TU Graz, Habilitation für das Fach "Verkehrsplanung und Verkehrstechnik" an der TH Darmstadt.

Universitätsassistent am Institut für Straßenbau und Verkehrswesen und am Institut für Betriebswirtschaftslehre und Betriebssoziologie der Technischen Universität Graz.

Derzeit Chefingenieur des Ingenieurbüros Prof. Dr. Ing. G. Steierwald, Wien.

Die Demokratisierung hat ganz allgemein in zunehmendem Maße Eingang in Planungsprozesse gefunden. Da dieses Gedankengut bedauerlicherweise in ebenso zunehmendem Maße teils als willkommene Gelegenheit zur Delegation von unbequemer Verantwortung mißverstanden wird, teils als parteipolitisches Werbeinstrument mißbraucht wird und überdies einer unverkennbaren inflationären Tendenz in den Massenmedien zu unterliegen scheint, ist es angebracht, dieses Schlagwort mit einem einigermaßen abgegrenzten Begriffsinhalt zu versehen: Definiert man also im speziellen "Demokratisierung der Entscheidungsfindung für Verkehrskonzepte" als ein Zusammenwirken von betroffenen Bürgern, Entscheidungsträgern (Politikern) und Sachverständigen mit dem Ziele, einen bestehenden, unbefriedigenden Verkehrszustand in einem räumlich abzugrenzenden System durch einen Systemeingriff (bauliche und/oder organisatorische Maßnahmen) einer allgemein akzeptierten Systemverbesserung zuzuführen, so bietet diese Vorgehensweise die Möglichkeit, den in Demokratisierung implizierten Lern- und Erziehungsprozeß aller Beteiligten auf breiter Basis einzuleiten und zu vertiefen. Wesentliche Aufgabe von Demokratisierung muß es sein, allen Beteiligten die Einsicht zu vermitteln, daß eine Nutzensteigerung infolge Erhöhung der Mobilität von uns allen einen Preis fordert. Zur Realisierung von Demokratisierung bedarf es einiger wesentlicher Voraussetzungen, nämlich

der Schaffung einer einheitlichen Sprachregelung, einer umfassenden und unzensurierten Informationsweitergabe, einer sachorientierten Kritik, der Vermeidung jeglicher Zweckentfremdung, einer wohl dosierten gegenseitigen Kontrolle, einer seriösen Öffentlichkeitsarbeit und vor allem einer funktionsgerechten Kompetenzaufteilung unter den Beteiligten. Demokratisierung ist nicht zu verwechseln mit Wahlwerbung, sie ist auch unvereinbar mit Fraktionszwang und Weisungsgebundenheit. Der heutige Demokratisierungs-Boom scheint vielmehr geradezu ein Symptom für das allgemeine Mißtrauen in die Träger der öffentlichen Planung zu sein; damit könnte sie als Rückbesinnung auf das ursprüngliche und heute leider sehr entstellte demokratische Grundprinzip interpretiert werden, wonach gewählte Mandatäre die Interessen des Volkes und nicht ihren persönlichen Eigennutz zu vertreten haben.

In der an das Referat anschließenden Diskussion wurde insbesondere darauf eingegangen, wie die Kompetenzaufteilung für die Entscheidungsfindung effektiv gestaltet werden kann. Ferner wurde erkannt, daß ein grundsätzliches Umdenken gegenüber bisheriger Praktiken erforderlich ist. Diese Einsicht muß in gemeinschaftlichen Lernprozessen auf eine breite Basis gestellt werden, um bestehendes Mißtrauen abzubauen.